

Änderungsantrag

der Abgeordneten Angelika Beer, Winfried Nachtwei, Christian Sterzing und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1996
– Drucksachen 13/2000 Anlage, 13/2593, 13/2614, 13/2626, 13/2627, 13/2630 –**

hier: Einzelplan 14

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Haushaltsansatz für Ausgaben im Zusammenhang mit der Forschung, Entwicklung, Erprobung und Beschaffung des Eurofighter 2000 wird abgelehnt. Das Projekt wird beendet. Die einzelnen Kürzungsmaßnahmen verteilen sich wie folgt:

In Kapitel 14 19 – Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät – wird der Titel 554 05 – Beschaffung des Waffensystems Eurofighter 2000 – gestrichen und das gesamte Vorhaben beendet.

In Kapitel 14 20 – Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige militärische Entwicklung und Erprobung – werden aus dem Titel 551 18 – Entwicklung eines Neuen Europäischen Jagdflugzeuges (Eurofighter 2000) – 85 Mio. DM gestrichen. Die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 550 Mio. DM werden gesperrt. Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.
2. Die Bundesregierung tritt sofort in Verhandlungen mit der Industrie, um die Frage von Verpflichtungsermächtigungen zu erörtern. Das Ziel ist die Beendigung des Projekts.

Bonn, den 7. November 1995

Angelika Beer

Winfried Nachtwei

Christian Sterzing

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung umseitig

Begründung

Die Erforschung und Entwicklung des Jäger 90 bzw. des Eurofighter 2000 werden nach Berechnungen des Bundesrechnungshofes den Bundeshaushalt mit mindestens 9 Mrd. DM belasten. Für die Beschaffung der 140 Eurofighter sind von der Bundesregierung 12,6 Mrd. DM vorgesehen. Der Bundesrechnungshof geht davon aus, daß bei einem realistischen Systempreis von 150 Mio. DM gar mit der unvorstellbaren Summe von 21 Mrd. DM gerechnet werden muß. Die jüngsten Ergebnisse der Verhandlungen zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und der DASA bestätigen die Trendanalyse des Bundesrechnungshofes.

Nachdem das Luftkriegspotential der ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes nicht mehr als Legitimation herangezogen werden kann und sich mit der MiG-29 die Hauptbegründung für den Bedarf eines neuen Jagdflugzeuges im Besitz der Luftwaffe befindet, ist die Forderung nach einem neuen Jagdflugzeug auch immanent widerlegt worden. Der Jäger 90 war, wie u. a. auch der Bundesminister der Verteidigung 1992 freizügig einräumte, von seiner Ausstattung so konzipiert, daß er nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes „der veränderten sicherheitspolitischen Lage nicht angepaßt“ und darüber hinaus „zu teuer“ war. 14 Abgeordnete der F.D.P. und zwei Abgeordnete der CDU stimmten in der Debatte des Deutschen Bundestages vom 27. November 1991 mit der Opposition gegen die Fortsetzung des Rüstungsprojektes.

Durch die Reorientierung auf den Eurofighter wurde an dieser milliardenteuren Fehlplanung nichts wesentlich geändert. Was als kurzfristige Stückpreissenkung bzw. Reduzierung der militärischen Leistungsanforderungen verkauft wurde, wird sich mittel- und langfristig durch Nachforderungen der Industrie und Anforderungssteigerungen für weltweite Einsätze als „unabweisbarer Mehrbedarf“ herauskristalisieren. Der „Point of No Return“ soll immer deutlicher überschritten werden. Die anhaltenden Preischübe und Preisforderungen der Industrie sowie die Entwicklungsdefizite und Unklarheiten über die Abnahmemengen, Bewaffnung, Kampfwertsteigerungen, Zusatzausrüstungen, Wartung usw. führen dazu, daß der Eurofighter mit großer Wahrscheinlichkeit zu einem der größten Finanzfriedhöfe in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu werden droht. Die Warnungen, daß der Eurofighter auch zu einem unverzichtbaren bzw. mit Rücksicht auf die „Partner“ nicht zu verhindernden Exportartikel werden wird, müssen angesichts der bereits praktizierten Rüstungsexport-Förderung durch die Bundesregierung sehr ernst genommen werden.

Wenn der Bundesminister der Verteidigung bei seinem Besuch in Großbritannien seinen Amtskollegen an die Arbeitslosen in den Straßen von Birmingham erinnerte, dann gilt das umgekehrt auch für die Situation in der Bundesrepublik Deutschland. Der Eurofighter verhindert mehr Arbeitsplätze als er zu schaffen vorgibt. Der Verzicht auf die Beschaffung sowie der sofortige Ausstieg aus dem Entwicklungs- und Erprobungsprogramm ist dringend geboten. Mit dem Stopp der weiteren Vorhaben wird auch die dafür vorgesehene Rüstungsagentur NETMA überflüssig.

Die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingesparten Mittel sind zur Finanzierung der zusätzlich geforderten Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik in Einzelplan 11 Kapitel 11 12 bzw. zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes einzusetzen.

